Bund macht Kahlschlag wahr: 200 Dorfprojekte vor dem Aus

Das Sonderprogramm zur Förderung ländlicher Räume fällt komplett dem Sparkurs von Finanzminister Lindner zum Opfer – Schleswig-Holsteins Gemeinden sind entsetzt

Henning Baethge

In vielen schleswig-holsteinischen Dörfern und Kleinstädten ist der Bau von Gemeinschaftshäusern, Sportplätzen, Feuerwachen, Ärztezentren oder Markttreffs in Gefahr.

Grund dafür ist der Sparkurs von Bundesfinanzminister Christian Lindner: Auf Druck des FDP-Politikers streicht der grüne Bundesagrarminister Cem Özdemir im Etat für 2024 den sogenannten „Sonderrahmenplan" für die ländliche Entwicklung komplett zusammen – von 160 Millionen Euro auf null. Aus diesem Topf fließt bisher der Großteil der Bundesfördermittel für die Dörfer.

In Schleswig-Holstein fallen damit nach Angaben von Landesumweltminister Tobias Goldschmidt im nächsten Jahr fast zehn Millionen Euro weg – und damit gleich zwei Drittel der diesjährigen Bundesgelder zur Entwicklung von Dorfkernen.

Zwar zahlt auch das Land jedes Jahr noch ein paar Millionen dazu, doch Schleswig-Holsteins Gemeindetagschef Jörg Bülow spricht trotzdem von einem „Kahlschlag" und klagt: „Unsere schlimmsten Befürchtungen haben sich bestätigt."

Dabei habe die Ampelkoalition eigentlich sogar eine Steigerung der Fördermittel zugesagt. In der Tat heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP: „Der Sonderrahmenplan ‚ländliche Entwicklung' wird aufgestockt und ausgebaut."

> *„Unsere schlimmsten Befürchtungen haben sich bestätigt. Nun muss das Land die nötigen Mittel bereitstellen."*
>
> **Jörg Bülow**
> Gemeindetag Schleswig-Holstein

Weil es nun anders kommt und der Sonderrahmenplan sogar wegfällt, stehe „das gesamte Programm zur Ortskernentwicklung in Frage", warnt Bülow. Dabei gehe es um „über 200 Projekte, die die Kommunen auf Veranlassung des Landes mit ganz viel Bürgerbeteiligung geplant haben". Bülow fordert daher jetzt vom Land, dass es für den Bund einspringt: „Das Land muss nun die nötigen Mittel bereitstellen." Er geht davon aus, dass allein für die Verwirklichung der in den nächsten drei bis fünf Jahren geplanten Dorfprojekte rund 150 Millionen Euro Fördergelder nötig sind.

Die Landesregierung will allerdings nicht statt des Bundes übernehmen. Zwar bedauert auch Minister Goldschmidt die Streichung des Sonderrahmenplans: „Ich betrachte diese Entscheidung mit Sorge." Die Gelder seien „für den Zusammenhalt im ländlichen Raum wichtig", sagt er. Doch zum einen hofft er noch, dass aus den leicht aufgestockten Bundesmitteln für die allgemeine Agrarförderung die eine oder andere Million für Schleswig-Holsteins Dörfer abfällt.

Zum anderen macht seine grüne Parteifreundin und Finanzministerin Monika Heinold klar, dass auch sie sparen muss: „Die Finanzlage des Landes ist extrem angespannt", sagt sie. „Wir werden wegfallende Bundesmittel nicht durch Landesmittel ersetzen können, da wir schon jetzt großen Handlungsbedarf haben, um Einnahmen und Ausgaben 2024 in Einklang zu bringen."

Kritik am Streichkonzert von FDP-Chef Lindner übt auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Petra Nicolaisen aus Wanderup bei Schleswig. Sie nennt die Entscheidung „ein verheerendes Signal, das im ländlichen Raum für ordentlich Frust sorgen wird". Nicolaisen fordert, dass die Fördermittel „mindestens auf bisherigem Niveau gesichert werden müssen". Schließlich sei die Entwicklung des ländlichen Raums „schon jetzt stark unterfinanziert".

Im vergangenen Jahr wurden aus dem Sonderrahmenplan „Ländliche Entwicklung" nach Angaben des schleswig-holsteinischen Gemeindetags unter anderem Dorfgemeinschaftshäuser in Tasdorf, Ahrenviölfeld und Norddeich sowie eine Tagespflegestation in Alt Duvenstedt gefördert. Auch ein Ärztehaus in Wrist und ein Hospiz in Meldorf wurden unterstützt, ebenso ein Fußballplatz in Ostrohe und Markttreffs in Stadum, Tetenhusen, Haale und Kasseedorf.